Zu den Argumenten der Gegner

Autor(en): **Kägi**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **23 (1967)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845954

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zu den Argumenten der Gegner

Prof. Kägi hat in der NZZ einige notwendige Bemerkungen zum *Flugblatt* des gegnerischen Aktionskomitees gemacht. Wir zitieren daraus:

„Wir lehnen uns auf gegen die totale Verpolitisierung unseres Lebens und unserer Familien"

Der beste Nährboden für die totale Verpolitisierung ist einerseits die politische Gleichgültigkeit, anderseits aber eine Gesellschaft, in der längst fällig gerechte Postulate nicht erfüllt werden. Es geht den Befürwortern nicht weniger als den Gegnern um die Gegenwehr gegen die falsche Verpolitisierung — aber nun eben auch hier um die gemeinsame Verantwortung von Gleichberechtigten in dieser Abwehr.

„Sind unsere Frauen denn wirklich benachteiligt?"

Darauf muss geantwortet werden: Ja, sie sind es in mehrfacher Hinsicht, und zwar sowohl direkt wie indirekt. Die grundlegende Zurücksetzung beruht darin, dass der Frau die *politische Mündigkeit vorenthalten* wird. Deshalb hat sie auch an der Gestaltung des Rechtes, dem sie untersteht, keinen direkten Anteil. Die Folgen dieser grundlegenden Ungleichheit für die Rechte der Frau sind in der Literatur in den letzten Jahrzehnten wiederholt ausführlich aufgezeigt worden.

„Der Zürcher Stimmbürger ... hat es wahrhaftig nicht nötig, vom Ausland darüber belehrt zu werden, was Demokratie heisst!"

Viele Befürworter des Erwachsenenstimmrechtes stehen seit langem im Kampf gegen den weitverbreiteten *Negativismus,* der darauf ausgeht, die Ordnung unseres Kleinstaates zu „vernütigen". Wir sind dankbar für diesen Staat, glauben aber, dass wir ihm am besten dadurch dienen, dass wir ihn im Kampf gegen bestehende Ungerechtigkeiten weiter entwickeln. Klingt diese Selbst-Attestierung der staatsbürgerlichen Reife nicht doch etwas überheblich-nationalistisch? Wir können im Ringen um die Gerechtigkeit — sogar was die Demokratie angeht — auch von andern Völkern einiges lernen — etwa in Sachen Fairness!

„Das totale Frauenstimmrecht muss wuchtig verworfen werden, damit wir endlich Ruhe haben!"

Ein erschreckender Schlussappell! Zunächst wird das berechtigte Begehren auf politische Gleichberechtigung mit einer falschen und bewusst irreführenden Etikette versehen: „Totales Frauenstimmrecht!" Dieser Appell auf „wuchtige Verwerfung, damit wir endlich Ruhe haben", klingt sehr irritiert, sehr unruhig, ja sehr totalitär. Die Ruhe eines nikkenden Konformismus oder die Ruhe des Friedhofes kann man auf diesem Wege vielleicht eine Zeitlang herbeiführen; die Ruhe einer freien Demokratie aber nur, indem man lange verzögerte Forderungen der Gerechtigkeit erfüllt.